

**Aufstellung des Denkmals der Grauen Busse am  
18.01.2009 in Brandenburg a.d. Havel  
Veranstaltung des Landtagspräsidenten und der Branden-  
burgischen Historischen Kommission**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine Damen und Herren,

„Wohin bringt Ihr uns?“ – diese einfache Frage erschüttert uns, weil sie eine Ausweglosigkeit deutlich macht: Die Menschen, die zum Einsteigen in die grauen Busse gezwungen wurden, hatten keine Chance. Sie hatten keine Chance, weil sie behindert oder krank waren. Sie hatten keine Chance, weil sie nicht wussten, wohin der Weg ging. Und sie hatten keine Chance, weil Menschen, denen sie anvertraut waren und denen sie sich anvertraut hatten – Ärzte und Pflegepersonal – sie verrieten.

I.

In der Ermordung kranker und behinderter Menschen, von Kindern wie von Erwachsenen, kulminierte der Rassenwahn der Nationalsozialisten in den Jahren 1940 und 1941 in einer besonderen Weise. Durch diese Morde wurde deutlich: Die nationalsozialistische Ideologie macht vor nichts Halt – sie richtet gegen Angehörige anderer Völker ebenso wie gegen jüdische Deutsche oder kranke oder behinderte Angehörige, unter Um-

ständen möglicherweise in der eigenen Familie. Und dass es Morde waren, haben auch die daran Beteiligten gewusst.

Die Institutionen, die das Töten durchführten, bekamen Tarnnamen, ja selbst die beteiligten Ärzte gaben sich Decknamen. Wir gehen von fast 200.000 Opfern aus. Hier in Brandenburg sind innerhalb von weniger als einem Jahr fast 10.000 Menschen getötet worden. Für uns als Nachgeborene ist es schwer vorstellbar: 10.000 Menschen, die hier in der Stadt ermordet wurden.

Es ist ja nicht so, dass das unbemerkt geblieben wäre. Es regte sich auch Widerstand: Einige andere Persönlichkeiten haben sich offen gegen das Morden gestellt, allen voran Lothar Kreyszig, der als Vormundschaftsrichter den Leiter der Kanzlei des Führers wegen Mordes anzeigte.

Und dennoch: Der Mord an hunderttausenden Kranken und Behinderten, an erbkranken Kindern und pflegebedürftigen Alten ist so beispiellos in der Geschichte wie der Völkermord an den europäischen Juden. Er ist auch möglich geworden durch das Wegsehen, das Sich-nicht-zuständig-Fühlen, das Schweigen der Mehrheit.

Richard von Weizsäcker hat in seiner berühmten Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes gesagt: „Es geht nicht darum,

Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

II.

Das heißt für uns: Das Erinnern an vergangenes Unrecht bleibt leer, wenn wir daraus nichts für unsere Gegenwart lernen. Die Erinnerung macht uns den Wert unserer demokratischen Grundordnung aufs Neue deutlich, einer Gesellschaftsverfassung, von der der Philosoph Karl Popper sagte, sie sei vielleicht nicht die beste aller denkbaren politischen Welten, „aber doch ist sie die beste aller politischen Welten, von deren historischer Existenz wir Kenntnis haben.“

Wir müssen erkennen, dass die Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft – Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Solidarität, Toleranz und Friedfertigkeit – ein hohes Gut sind. Sie sind unverzichtbar sind – aber keineswegs immun, nicht vor Instrumentalisierungen, nicht vor Pervertierungen. Aus Nationalgefühl kann Patriotismus werden, aber eben auch Chauvinismus; aus Opferbereitschaft entsteht leicht Fanatismus und aus der Treue zur eigenen Nation der Hass auf andere Völker.

Nur wer sich seiner Vergangenheit bewusst ist, wird eine Zukunft haben. Darum halte ich die offensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus, mit Antisemitismus, Rassenwahn und Völkerhass für unerlässlich. Hier kann es kein Vergessen und keine "Gnade der späten Geburt" geben.

Die intensive und offensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist eine notwendige Vorbedingung dafür, dass Kinder und Jugendliche den rechtsextremistischen Rattenfängern nicht in die Hände fallen. Aber es bedarf mehr.

III.

Um unser demokratisches Gemeinwesen vor Gefahren zu schützen, müssen wir uns bewusst sein, welche Werte wir an ihm schätzen.

Und da müssen wir auch den Jüngeren vermitteln:

- Sie müssen erkennen, dass der Rechtsextremismus Unfreiheit meint, wenn er von Freiheit spricht, dass er soziale Ausgrenzung meint, wenn er von sozialer Gerechtigkeit spricht, dass er den Mord an Familienangehörigen meint, wenn er von Volksgesundheit spricht.
- Sie müssen erkennen, dass sich hinter populistischen Parolen eine Ideologie verbirgt, die den Menschen seiner menschlichen und gesellschaftlichen Verantwortung enthebt und für die der einzelne Mensch und dessen Überzeugungen nicht zählen.
- Sie müssen begreifen: Jede Diktatur ist unmoralisch. Sie ist unmoralisch, weil sie die Bürger dazu bringen will, wider ihr besseres Wissen und Gewissen und gegen ihre moralische Überzeugung mit dem System zu kollaborieren – und sei es durch Schweigen.

Demokratie hingegen bedeutet Mitverantwortlichkeit und Mitverantwortlichkeit verlangt Freiheit: Redefreiheit, Meinungsfreiheit, Freiheit des Zugangs zu Informationen und Publikationsfreiheit – um nur einiges zu nennen.

IV.

Das bleibt Vermächtnis und Verpflichtung, wenn wir heute der Geschehnisse in den Jahren 1940 und '41 in der Tötungsanstalt Brandenburg gedenken.

Eine demokratische, tolerante, menschliche Gesellschaft lebt davon, dass sie stets aufs Neue gestaltet wird. Das heißt: Es genügt nicht, nur am Gedenktag daran zu denken. Wir müssen vielmehr im Alltag daran arbeiten. Der wirksamste Schutz vor diktatorischen Bestrebungen, vor Menschenverachtung und menschenfeindlichen Ideologien ist eine starke Zivilgesellschaft. Daran mitzuarbeiten, sich täglich darum zu bemühen und fortwährend der Vermittlung demokratischer Werte verpflichtet zu bleiben – das folgt aus dem Gedenken an die Morde in der Tötungsanstalt Brandenburg.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!